Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss	01.06.2017	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Organisationsuntersuchung im Feuerwehramt: Stellenmehrbedarfe in der Leitstelle und im Werkstattdienst

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss, 22.09.2016, TOP 14, DS-Nr. 3640/2014-2020

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss beschließt die Berücksichtigung von zusätzlichen 8,5 Stellen in der Leitstelle und einer 1,0 Stelle im Werkstattdienst des Feuerwehramtes sowie den Wegfall von kw-Vermerken bei 3 Disponentenstellen im Stellenplan 2018. Im laufenden Jahr ist der Mehrbedarf in der Leitstelle bereits überplanmäßig bereitzustellen.

Begründung:

In der Beschlussvorlage 3640/2014-2020 hatte die Verwaltung die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Feuerwehramt und die Auswirkungen auf den Stellenplan vorgestellt. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Themenstellungen „Leitstelle“ und „Einbindung der Wachabteilung in die Fachabteilungen“ noch abzuschließen sind. Inzwischen liegen die Ergebnisse aus den entsprechenden Projektgruppen vor, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Feuerwehramt und dem Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen mitgewirkt haben.

Leitstelle

Nach § 3 Abs. 7 in Verbindung mit § 4 Abs. 4 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) haben kreisfreie Städte eine einheitliche Leitstelle für den Brandschutz, die Hilfeleistung, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst zu unterhalten. Die konkreten Aufgaben der einheitlichen Leitstelle werden in den weiteren Regelungen des BHKG und des Rettungsgesetzes NRW (RettG NRW) näher definiert.

Die Leitstelle ist die „Schaltzentrale“ einer Berufsfeuerwehr. Hier werden alle eingehenden Notrufe oder Alarmmeldungen von Brandmeldeanlagen angenommen. Auf Basis der Einsatzörtlichkeit und der amtsinternen Alarm- und Ausrückeordnung (AAO) müssen die Leitstellendisponenten in Sekundenschnelle eine Entscheidung über die Priorität des Einsatzes und die einzusetzenden Rettungsmittel treffen. Der Einsatzleitreechner unterstützt die Disponenten bei ihrer Arbeit

dahingehend, dass er für bestimmte Einsatzstichworte zu alarmierende Einsatzkräfte vorschlägt.

Die Einsätze der operativen Kräfte werden durch die Leitstelle koordiniert und unterstützt. Die Leitstelle erstellt die Einsatzbefehle und gibt den Einsatzkräften ggf. auch Anfahrtshinweise oder besondere Anweisungen/Warnungen. Während des Einsatzes obliegt der Leitstelle die Nachalarmierung von weiteren Einsatzkräften und von Spezialgerät, welches aufgrund der Einsatzlage nachgeführt werden muss. Bei Rettungsdienstseinsätzen erfolgt unter anderem die Patientenmeldung in den aufnehmenden Krankenhäusern.

Bei Einsätzen muss die Leitstelle dafür Sorge tragen, dass der Grundschutz für die Brandbekämpfung und die Notfallrettung weiterhin gewährleistet werden kann. Dazu kann es unter Umständen erforderlich sein, dienstfreie Kräfte der Berufsfeuerwehr aus der Freizeit heraus zu alarmieren oder Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr mit freiwilligen Kräften zu besetzen.

Die Leitstelle der Berufsfeuerwehr Bielefeld nahm im Jahr 2015 rund 176.000 Notrufe und Anrufe über die Amtsleitung entgegen. Daraus resultierten 45.980 rettungsdienstliche Einsätze, 1.252 Brandeinsätze und 2.411 Hilfeleistungseinsätze. Die Bielefelder Leitstelle ist zudem Alarmierungsleitstelle für die Bezirksregierung Detmold im Rahmen der überörtlichen Hilfeleistung. In Zukunft wird die Leitstelle verstärkt auch Aufgaben des Bevölkerungsschutzes, wie beispielsweise die Warnung vor Katastrophen und Großschadensereignissen übernehmen (z.B. Einsatz der WarnApp NiNA).

In den Qualitätskriterien der AGBF-Bund (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland) für die Bedarfsplanung von Feuerwehren in der aktuellen Fassung vom 19.11.2015 wird eine Notrufannahme innerhalb von zehn Sekunden nach der erstmaligen Aufschaltung als notwendig und angemessen angesehen. Analog zu den Hilfsfristen in den Bedarfsplänen (Brandschutz und Rettungsdienst) wird eine Zielerreichung von mindestens 90% gefordert. Dieses Qualitätsziel wird in der Leitstelle derzeit nicht erreicht. Nach einer Auswertung des Feuerwehramtes werden zurzeit nur rund 80% der Notrufe innerhalb von 20 Sekunden entgegen genommen. Die Disponenten der Leitstelle haben ihre hohe Arbeitsbelastung in 16 Überlastungsanzeigen dokumentiert.

Für die Ermittlung des erforderlichen Stellenbedarfes in der Leitstelle wurde auf ein wissenschaftlich fundiertes Bemessungsverfahren zurückgegriffen. Dazu wurden die eingehenden Notrufe nach den einzelnen Wochentagen und einzelnen Stundenintervallen kategorisiert. Mit Hilfe des Berechnungsverfahrens kann nunmehr planerisch nachgewiesen werden, dass bei einer „Normallage“ alle eingehenden Notrufe innerhalb der genannten zehn Sekunden entgegen genommen werden können. Dafür müssen täglich bis zu vier Einsatzleitplätze parallel besetzt werden. Bei größeren Schadenslagen (Großbrand, Sturmereignisse, Massenansturm von Verletzten) kann es darüber hinaus erforderlich sein, weitere Einsatzleitplätze und Notrufabfrageplätze zu besetzen. Durch die beengten räumlichen Verhältnisse in der Leitstelle kann derzeit nur ein fünfter vollwertiger Einsatzleitplatz kurzfristig eingerichtet werden.

Für die Leitstelle ist eine Umstellung auf 24-Stunden-Dienstschichten analog zum Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr geplant, da das bisherige Dienstschichtmodell in Bezug auf die maßgeblichen arbeitszeitrechtlichen Regelungen nicht fortgeführt werden kann. Nach der Arbeitszeitverordnung Feuerwehr (AZVOFeu NRW) gliedern sich die 24-Stunden-Schichten in eine aktive Dienstzeit und einen Bereitschaftsdienstanteil. Durch die Bereitschaftszeiten der Disponenten kann die Leitstelle flexibel auf auftretende Spitzenlasten reagieren. Eine Angleichung des Dienstschichtmodells an den Einsatzdienst erleichtert zudem die Personalrekrutierung für die Leitstelle. In einer amtsinternen Umfrage haben viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Einsatzdienstes das bisherige Schichtmodell als Bewerbungshindernis angeführt. Auch die Mitarbeiter der Leitstelle haben sich mehrheitlich für eine Umstellung auf 24-Stunden-Schichten ausgesprochen.

Im Ergebnis werden für eine bedarfsgerechte Stellenausstattung der Leitstelle 37,5 Stellen benötigt. Dies bedeutet eine Kapazitätsausweitung um 13,5 Stellen gegenüber dem derzeitigen Stand. Voraussetzung ist jedoch, dass die Stellen 370 12 250, 370 12 255 und 370 12 260 dauerhaft bestehen bleiben und die kw-Vermerke künftig entfallen.

Die Ausweitung bezieht sich sowohl auf den städtisch zu finanzierenden Brandschutzanteil als auch auf den grundsätzlich gebührenrefinanzierten Rettungsdienstanteil. Zur Deckung des kommunalen Anteils können fünf Stellen aus dem Einsatzdienst herangezogen werden, die künftig der Leitstelle zugeordnet werden; die Wahrnehmung ihrer bisherigen Aufgaben bleibt gewährleistet. Die verbleibenden 8,5 Stellen sind grundsätzlich über die Rettungsdienstgebühren refinanzierbar. Diese zusätzlichen Stellen sind analog zu den vorhandenen Stellen nach Besoldungsgruppe A 9 Landesbesoldungsgesetz NRW (Laufbahngruppe 1) auszuweisen.

Für eine zeitnahe Sicherstellung der Qualitätsziele sind die benannten 8,5 Stellen im laufenden Jahr bereits überplanmäßig bereitzustellen. Da die Besetzung nur sukzessive erfolgen kann, wird die Finanzierung der überplanmäßigen Einsätze aus dem Personalkostenbudget 2017 heraus sichergestellt.

Werkstattdienst

Das Feuerwehramt hält verschiedene Werkstätten zur Wartung und Instandsetzung der Gebäude, Fahrzeuge und Geräte vor. In mehreren Werkstätten werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Technik (370.2) im Tagesdienst eingesetzt. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen hauptsächlich die Leitungsfunktionen in den einzelnen Werkstätten wahr. Andere Werkstätten werden durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Wachabteilung im Schichtdienst geführt. Im Bereich der Atemschutzwerkstatt der Feuerwache Nord musste ein Mitarbeiter zur Erledigung der Aufgaben von seiner Tätigkeit im Einsatzdienst freigestellt werden. Die operativen Tätigkeiten in den Werkstätten werden im Wesentlichen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Einsatzdienstes wahrgenommen.

Im Rahmen des Projektes „Einbindung der Wachabteilung in die Fachabteilungen“ sollte ermittelt werden, in welchem Umfang auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wachabteilung für Tätigkeiten in den Werkstätten des Feuerwehramtes zurückgegriffen werden kann. Dazu wurden im vergangenen Jahr auf der Feuerwache Nord als Pilotbereich tägliche Arbeitszeitaufzeichnungen durchgeführt. Diese Arbeitszeitaufzeichnungen sollen nach den derzeitigen Überlegungen sukzessive auch auf den anderen Feuerwachen der Berufsfeuerwehr erfolgen.

Die Wartung und Instandsetzung der Atemschutzgeräte erfolgt in den drei Atemschutzwerkstätten auf den Feuerwachen Nord, Süd und West. Aus der Feuerwehrdienstvorschrift (FwDV) 7 ergibt sich die wesentliche Bedeutung des Bereichs Atemschutz für die Funktionsfähigkeit einer Feuerwehr. Bei ihren Einsätzen können die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner durch Sauerstoffmangel oder durch Einatmen gesundheitsschädigender Stoffe (sogenannte Atemgifte) gefährdet und verletzt werden. Zum Schutz der Einsatzkräfte müssen entsprechend der möglichen Gefährdung geeignete Atemschutzgeräte getragen werden. Als Trägerin der Feuerwehr ist die Stadt Bielefeld für die Sicherheit bei der Verwendung von Atemschutzgeräten verantwortlich. Dazu gehören die Durchführung des Atemschutzes im Einsatz, die Aus- und Fortbildung und die regelmäßige Wartung und Prüfung der Atemschutzgeräte durch entsprechend ausgebildetes Fachpersonal.

Die Leitung der drei Atemschutzwerkstätten ist derzeit auf einer Einsatzdienststelle der Feuerwache Nord angesiedelt. In diesem Zusammenhang besteht die bereits im Brandschutzbedarfsplan angedeutete Problematik, dass der Leiter der Atemschutzwerkstätten durch diese Tätigkeit nicht ständig für die vorgesehene Einsatzdienstfunktion (Angriffstruppführer/in im Tagesdienst) auf der Feuerwache Nord zur Verfügung steht. Die Auswertung der Erhebung auf der Feuerwache Nord hat bestätigt, dass die durchschnittliche tägliche Abwesenheitszeit des

Leiters der Atemschutzwerkstätten dazu führt, dass in dieser Zeit der Löschzug der Feuerwache Nord nicht mit der im Brandschutzbedarfsplan festgelegten Sollstärke zu Einsätzen ausrücken kann.

Im Ergebnis sollte deshalb eine 0,5 Stelle für die leitenden Tätigkeiten in den Atemschutzwerkstätten bereitgestellt werden. Darüber hinaus ist ein 0,5 Stellenanteil im Rahmen der Organisationsuntersuchung in der Abteilung Technik (370.2) zunächst zurückgestellt worden, sodass in der Abteilung 370.2 eine zusätzliche 1,0 Stelle eingerichtet werden sollte. Vorbehaltlich einer abschließenden Bewertung ist eine Ausweisung dieser Stelle nach Besoldungsgruppe A 9 Landesbesoldungsgesetz NRW (Laufbahngruppe 1) sachgerecht. Für die zusätzliche Stelle in der Abteilung 370.2 besteht keine Deckungsmöglichkeit.

Erste Beigeordnete

(Anja Ritschel)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.